

**Nr. 15/163**

**Bremens Beitrag zur Zwangsarbeiter-Entschädigung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 11. Januar 2000  
(Drucksache 15/163)

Der Antrag ist durch die Drucksache 15/184 erledigt.

**Nr. 15/164**

**Entschädigung für NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD  
vom 26. Januar 2000  
(Drucksache 15/184)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die grundsätzliche Einigung über die Einrichtung einer Bundesstiftung zur Entschädigung für Zwangsarbeit unter dem Nationalsozialismus. Dies kann keine Entschädigung und Wiedergutmachung im juristischen Sinn mehr sein, wohl aber das längst überfällige Zeichen der Anerkennung historischer Schuld und moralischer Verantwortung.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Bildung und Ausstattung der Stiftung und die Auszahlung ihrer Mittel an die früheren NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter so schnell als möglich erfolgen – und in einer Art, die eine respektvolle Anerkennung der Ansprüche gewährleistet. Nur dann können die Mittel der Stiftung bei den Opfern der NS-Zwangsarbeit, die meist in schwierigen Verhältnissen leben, noch ankommen – moralisch und materiell.

Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, dass der Senat wie auch die Archive und wissenschaftlichen Einrichtungen im Land die Arbeit der Stiftung bei der Anerkennung der Ansprüche und der Auszahlung von Leistungen nach ihren Möglichkeiten unterstützen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt sich der politischen Verantwortung des heutigen deutschen Staates und der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft für den sehr späten Versuch einer Wiedergutmachung an den Opfern der NS-Zwangsarbeit. Sie geht davon aus, dass der Bund und die Länder in den zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten bereits aufgenommenen Gesprächen eine einvernehmliche Lösung zur Finanzierung des von staatlicher Seite zugesagten Beitrags von fünf Milliarden DM entwickeln.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die von der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zugesagten fünf Milliarden DM jetzt sehr schnell zur Verfügung gestellt werden und sich alle Unternehmen, die während des Nationalsozialismus von der Zwangsarbeit profitiert haben, an der Aufbringung dieser Mittel beteiligen.

**Nr. 15/165**

**Kontrolle und Transparenz der Parteienfinanzierung verbessern**

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 11. Januar 2000  
(Drucksache 15/164)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den EntschlieÙungsantrag ab.

## Nr. 15/166

### **Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 im Zusammenhang mit der 87. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen 1983 (Wohnbauflächen Bremen-Borgfeld)**

Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2000  
(Drucksache 15/165)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dritten Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 im Zusammenhang mit der 87. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen 1983 zu.

## Nr. 15/167

### **Schutz vor Gewalt im häuslichen Bereich**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 16. Dezember 1999  
(Drucksache 15/154)

1. Der Senat wird aufgefordert, dem Parlament sein zwischen den in der Koalitionsvereinbarung genannten Ressorts und der ZGF (Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau) abgestimmtes Präventionskonzept gegen häusliche Gewalt bis zum 31. März 2000 vorzulegen. Bei der Erarbeitung des Konzeptes ist die Beteiligung relevanter Verbände, Initiativen und Organisationen sicherzustellen und zu berücksichtigen, dass verstärkte Aufklärung über Ursachen und Folgen von Gewalt sowie über partnerschaftliches, lösungsorientiertes und gewaltfreies Konfliktverhalten durchgeführt wird. Dabei sollen Informationen über staatliche, kirchliche und in anderer Trägerschaft befindliche Einrichtungen zur Beratung und Krisenintervention einbezogen werden.
2. Im Rahmen der Novellierung des Bremischen Polizeigesetzes soll vom Senat geprüft werden, in welcher Form konkretere, gefahrenabwehrende Regelungen gegen Gewalt im häuslichen Bereich festgelegt werden können, wenn andere Maßnahmen der Krisenintervention keine Erfolg hatten, offenkundig keinen Erfolg versprechen oder unverzügliches dementsprechendes Handeln zwingend notwendig ist. In diesem Zusammenhang erforderliche gerichtliche Prüfungen und Entscheidungen sollen in die Zuständigkeit der Familiengerichte fallen. In die Überlegungen sollen Erfahrungen in Österreich mit der so genannten Wegweisung und einem Rückkehrverbot von gewalttätigen Partnern aus der Wohnung einbezogen werden.
3. Der Senat wird gebeten, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass gegebenenfalls in diesem Zusammenhang notwendige bundesgesetzliche Regelungen verabschiedet werden.

## Nr. 15/168

### **Den Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt verbessern**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 25. Januar 2000  
(Drucksache 15/181)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 15/169

### **Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen**

3. Lesung

### **Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes und des Bremischen Beamtengesetzes**

2. Lesung

Antrag des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung vom 19. November 1999  
(Drucksache 15/117)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder und das Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes und des Bremischen Beamtengesetzes in zweiter Lesung.

## Nr. 15/170

### **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 18. Januar 2000  
(Drucksache 15/172)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab.

Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

## Nr. 15/171

### **Bewertung des Lern-, Arbeits- und Sozialverhaltens von Schülerinnen und Schülern durch so genannte Kopfnoten**

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD  
vom 25. Oktober 1999  
(Drucksache 15/89)

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 23. November 1999**

(Drucksache 15/122)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 15/172

### **Mehr Computer-Netze knüpfen**

### **Computerausstattung und -nutzung in den Schulen**

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 22. November 1999  
(Drucksache 15/118)

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2000**

(Drucksache 15/174)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 15/173

### **Tierschutz im Grundgesetz verankern**

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)  
vom 3. Januar 2000  
(Drucksache 15/160)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 15/174

### **Gegen Verfassungsverrat**

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann (DVU)  
vom 3. Januar 2000  
(Drucksache 15/161)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

## Nr. 15/175

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7 vom 18. Januar 2000**

(Drucksache 15/173)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

## Nr. 15/176

### **Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses Performa Nord**

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Betriebsausschusses Performa Nord:

Mitglieder	Stellvertreter/-in
Marken, Marlies (SPD)	Engelmann, Michael (SPD)
Dr. Schuster, Joachim (SPD)	Jansen, Helga (SPD)
Wiedemeyer, Cornelia (SPD)	Nalazek, Rainer (SPD)
Herderhorst, Rolf W. (CDU)	Jäger, Jörg (CDU)
Speckert, Sandra (CDU)	Ravens, Bernd (CDU)
Zachau, Helmut (Bündnis 90/Die Grünen)	Mützelburg, Dieter (Bündnis 90/Die Grünen)

## Nr. 15/177

### **Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes**

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 13. Januar 2000  
(Drucksache 15/171)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

## Nr. 15/178

### **Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Arbeitsmarkteffekte von ISP-Projekten  
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 16. Dezember 1999  
(Drucksache 15/155)
  
2. Betriebsprüfung und Steuerfahndung im Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 23. Dezember 1999  
(Drucksache 15/159)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2000  
(Drucksache 15/178)